

## Grüne wollen an Fördertöpfe

### Verkehrsprojekt des Landes

LÖRRACH (BZ). Die Kreistagsfraktion der Grünen setzt sich dafür ein, dass sich der Kreis beim Förderprogramm des Landesverkehrsministeriums zur Verbesserung des ÖPNV im ländlichen Raum bewirbt. Das Verkehrsministerium (MVI) habe ein „attraktives ÖPNV-Förderprogramm“ ausgeschrieben, heißt es in einer Mitteilung der Fraktion. Das MVI finanziere zwei Modellvorhaben zur Umsetzung eines ÖPNV-Angebotes im Stundentakt von 5 bis 24 Uhr im ländlichen Raum mit 1,7 Millionen Euro und einem Fördersatz von 75 Prozent. Dies soll mit flexiblen Systemen (Rufbusse, Anruf-Sammel-Taxis) in einem Landkreis umgesetzt werden.

„Diese Programm passt genau zu den Ideen im Kreis Lörrach“, findet Heike Hauk, die Grünen-Fraktionsvorsitzende im Kreistag. „Wir wollen mit dem neuen Nahverkehrsplan ein attraktives flächendeckendes Angebot auch im ländlichen Raum schaffen. Hier sind flexible Bedienformen wie Rufbus und Sammeltaxi wirtschaftlich besser als Linienbusse.“ Die Grüne Fraktion im Kreistag hat beantragt, dass sich der Landkreis Lörrach bis zum 15. Januar um diese Förderung bewirbt.

## KURZ GEMELDET

### MAULBURG

#### Gaul nimmt Reißaus

Der Polizei wurde am Sonntagabend gemeldet, dass im Bereich Lörrach ein Pferd vermisst wird. Es hat am Nachmittag auf einem Ausritt zwischen Maulburg und Adelhausen den Reiter abgeworfen und ist davongetragen. Die braun-schwarze Württemberger Stute mit Pigmentflecken um die Augen wurde zuletzt in der Nähe des Campingplatzes Hüsingern gesehen. Zeugen werden gebeten, sich bei der Polizei zu melden. **BZ**

### RHEINFELDEN (CH)

#### An der Grenze erwischt

Schweizer Grenzwächter haben am Samstag im schweizerischen Rheinfeldern einen zur Fahndung ausgeschriebenen Rumänen verhaftet. Der 31-Jährige wollte mit zwei Landsleuten in die Schweiz einreisen. Beim Durchsuchen des Autos stießen die Grenzwächter auf Einbruchswerkzeug. Das Trio wurde der Polizei übergeben. **sda**



Seyed Mohsen Mousavi, Sandra Boser, Joshua Frey, Evelyn Heeg und Anja Hanke (von links) diskutierten über Bildungspolitik. FOTO: THOMAS LOISL MINK

# Lehrer fordern Weiterbildung

### Im Bildungspolitischen Dialog ging es um Lehrpläne, Flüchtlingskinder und um die Inklusion

Von Thomas Loisl Mink

LÖRRACH. Bildungspolitik bewegt die Gemüter in vielfacher Hinsicht. Der Landtagsabgeordnete der Grünen, Joshua Frey, hat deswegen zum Bildungspolitischen Dialog eingeladen. Inklusion und der neue Bildungsplan waren dabei ebenso Thema wie junge Flüchtlinge, die nun in die Schulen kommen.

In Baden-Württemberg ist der Bildungserfolg immer noch stark von der sozialen Herkunft abhängig, stellte Bernd Martin, Kreisvorsitzender der Grünen, fest. Um dem abzuwehren, habe die grün-rote Landesregierung Reformen umgesetzt. Damit sei aber teilweise Neuland betreten worden, was auch mit Risiken verbunden sei, sagte er. Anja Hanke, Kreisvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), meinte, dringend brauche man mehr personelle Ressourcen, um die Reformen zu begleiten. So sei die Inklusion behinderter Schüler in den Regel-schulbetrieb längst überfällig gewesen, aber die Stellen für Sonderschullehrer, um die Inklusion zu begleiten, könnten nicht besetzt werden. Das führe zur Überforderung der Lehrer. Schon seit mehr als zehn Jahren gebe es zu wenig Sonderpädagogen, bekräftigte Sandra Boser, bildungspolitische Sprecherin der Grünen im Landtag. Das liege daran, dass nur noch in Baden-Württemberg Sonderpädagogen ausgebildet würden und dass viele in die Schweiz abwanderten. Neuerdings

erhielten Lehrer eine Grundausbildung in Sonderpädagogik, aber eine Weiterbildung für die vorhandenen Lehrer wäre nötig. Auch sie habe diese Probleme im Förderschulbereich, sagte Evelyn Heeg, Rektorin der Gemeinschaftsschule Oberes Wiesental. Sonst sei es immer ein Hoffen und Bangen, ob die Anzahl der Lehrer reiche, und auf Krankheitsvertretungen müsse man lange warten.

Seyed Mohsen Mousavi, Elternbeirat am Hans-Thoma-Gymnasium (HTG) in Lörrach, meinte, zur Inklusion hätte man erst ein Pilotprojekt starten und evaluieren müssen. Sandra Boser antwortete, man habe sich zum Beispiel in Südtirol informiert, wo es gar keine Sonderschulen mehr gibt. „Das funktioniert, aber man darf nicht erwarten, dass jedes Kind den gleichen Abschluss macht“, sagte sie.

Frank Braun, Leiter des HTG, kritisierte, das Gymnasium bekomme Kinder mit Förderbedarf, doch aus Datenschutzgründen dürfe die Grundschule das nicht mitteilen, und die Eltern würde es oft verschweigen. „Das ist mühsam, weil das Kind leidet und wir erst spät ansetzen können, es adäquat zu fördern“, sagte er. Wolfgang Zschämisch, Leiter der Freien Evangelischen Schule Lörrach, lobte das Land dafür, die Wahlfreiheit zwischen Sonderschule und Inklusionsklasse geschaffen zu haben, obwohl das teuer sei. Mit der Einführung der Gemeinschaftsschule sei man Avantgarde, aber man dürfe nicht zu viel Neuerungen zumuten.

Auf die Frage von Joshua Frey nach Ansichten zum neuen Bildungsplan antwor-

tete Frank Braun, man sei eigentlich zufrieden damit, sehe aber ein paar Stellen noch Diskussionsbedarf. So kritisierte er, dass die zweite Fremdsprache nun wieder erst ab Klasse 6 und nicht in Klasse 5 kommen solle. „Ein Riesenschritt ist es, dass der neue Bildungsplan abschlussbezogen und nicht mehr schulartbezogen ist“, sagte Evelyn Heeg.

Die Schulen sind auch von der Flüchtlingsthematik betroffen. Anja Hanke fand es gut, dass schnell Stellen für Vorbereitungsklassen für Flüchtlinge geschaffen wurden, doch leider könnten diese Stellen oft nicht besetzt werden. Ein Problem sei, dass Lehrer normalerweise keine Ausbildung für das Unterrichten von Deutsch als Zweitsprache hätten, sagte Evelyn Heeg. An ihrer Schule bestehe seit mehr als einem Jahr eine Vorbereitungsklasse. „Da gibt es auch Konflikte, aber insgesamt nehmen die Kinder die Flüchtlinge gut auf“, berichtete sie.

Gute Erfahrungen hat Seyed Mohsen Mousavi gemacht. Seine Tochter konnte kein Deutsch, als sie mit sieben Jahren nach Deutschland kam, jetzt gehe sie aufs Gymnasium. Auch das HTG habe eine Vorbereitungsklasse, und es gebe sehr intelligente Flüchtlingskinder, sagte Frank Braun. Aber wenn die eine Lehrerin krank werde, müsse alles ausfallen. Sandra Boser berichtete, die Landesregierung wolle, dass alle Schulen mit 106 Prozent Personal ausgestattet werden, wie von der GEW gefordert, um Krankheitsausfälle abzudecken. Ein Modellversuch laufe bereits mit gutem Erfolg.

## Nutzen für die ganze Region

### Ausstellung zur Basler Tram

BASEL (BZ). Das Basler Straßenbahnnetz wird in den nächsten Jahren weiter ausgebaut. Basis ist ein Grundsatzbeschluss des Großen Rates von 2012 und die bereits begonnene Verlängerung der Linie 3 nach Saint Louis ein Beispiel; mittelfristig gibt es im Agglomerationsprogramm darüber auch das Projekt, die Linie Acht in Weil weiter in die Innenstadt zu verlängern. Ziel ist es, im Kern des Ballungsraumes Basel künftige Arbeitsplatzzentren und neue Wohngebiete mit der Straßenbahn stad- und umweltgerecht zu erschließen. Die Wanderausstellung „Haltestelle Zukunft: Basel und sein Tram“ gibt Einblick in dieses Vorhaben, zeigt den Nutzen für die Region Basel und ihre Bevölkerung auf und dokumentiert die nächsten Projektschritte.

Auf 14 Ausstellungsstelen und anhand des Basler Stadtmodells erhalten Interessierte in der Wanderausstellung einen Ausblick auf den zukünftigen Ausbau des Basler Tramnetzes, das sich – abgesehen von der Verlängerung nach Weil – noch weitgehend auf dem Stand der 1940er Jahre findet; darüber hinaus wird der Nutzen für die Region dargestellt sowie die als nächstes geplanten und für das Agglomerationsprogramm priorisierten Projekte (Tram Claragraben, die „Roche“-Straßenbahn durch die Grenzacher Straße und die Verlängerung nach Klybeck-Kleinhüningen) erläutert.



Die Basler Tram FOTO: GRAMESPACHER

Erste Station der Ausstellung ist der Lichthof des Bau- und Verkehrsdepartements Basel (Münsterplatz 11): „Haltestelle Zukunft: Basel und sein Tram“, 20. bis 30. Oktober, Montag bis Freitag 8 bis 17 Uhr; Führungen am 21. und 28. Oktober, 17.30 bis 18.15 Uhr. Im Anschluss an die Ausstellung findet am 8. Dezember, 19 Uhr, im Volkshaus ein öffentliches Forum statt mit Schwerpunkt auf die zwei Projekte Claragraben und Grenzacher Straße 8. Anmeldung erwünscht unter tramnetzentwicklung@bs.ch.

Lichthof des Bau- und Verkehrsdepartements Basel (Münsterplatz 11): „Haltestelle Zukunft: Basel und sein Tram“, 20. bis 30. Oktober, Montag bis Freitag 8 bis 17 Uhr; Führungen am 21. und 28. Oktober, 17.30 bis 18.15 Uhr. Im Anschluss an die Ausstellung findet am 8. Dezember, 19 Uhr, im Volkshaus ein öffentliches Forum statt mit Schwerpunkt auf die zwei Projekte Claragraben und Grenzacher Straße 8. Anmeldung erwünscht unter tramnetzentwicklung@bs.ch.

# Hilfe bei Problemen mit Alkohol und Medikamenten

### TELEFONAKTION mit Suchtexperten aus der Region / Leitungen sind am Mittwoch, 21. Oktober, von 17 bis 20 Uhr geschaltet

LÖRRACH/BAD SÄCKINGEN (BZ). „Ich trinke jeden Abend ein Glas Wein, bin ich suchtgefährdet?“, „Ich schlafe häufig schlecht ein und nehme dann Schlaftabletten. Kann ich davon abhängig werden?“, „Ich bin schwanger. Darf ich jetzt trotzdem manchmal ein Gläschen trinken?“ Diese und ähnliche Fragen beschäftigen viele Menschen. Sie wissen oft nicht, an wen sie sich mit ihren Fragen wenden können. Oder sie trauen sich nicht, in eine Beratungsstelle zu gehen oder einen Arzt zu fragen. Dabei wäre es sehr wichtig, sich frühzeitig zu informieren. Die Rhein-Jura-Klinik in Bad Säckingen bietet deswegen am heutigen Mittwoch, von 17 bis 20 Uhr, zusammen mit den Suchtbeauftragten der Landkreise Lörrach und Waldshut eine Telefonaktion an, bei der genau solche Fragen geklärt werden können. Als telefonische Ansprechpartner stehen neben Ärzten und Psychologen aus der Rhein-Jura-Klinik auch Mitarbeiter der Suchtberatungsstellen des Badischen Landesverbands für Prävention und Rehabilitation bWiv aus Lörrach und Waldshut zur Verfügung.

Ziel ist es, Menschen zu erreichen und ihnen mit Rat und Informationen aus dem medizinischen Bereich sowie aus den Bereichen der stationären und ambulanten



**Dr. Karen Hamann**  
Tel. 07761/56 00-835  
Leitende Psychologin der Rhein-Jura-Klinik



**Dr. Andreas Jähne**  
Tel. 07761/56 00-801  
Ärztlicher Direktor Rhein-Jura-Klinik



**Rebekka Steimle**  
Tel. 07761/56 00-836  
Leiterin Suchtberatungsstelle im Kreis Lörrach



**Roswitha Klotz-Birk**  
Tel. 07761/56 00-837  
Leiterin Suchtberatungsstelle im Kreis Waldshut

Beratung und Therapie zur Verfügung zu stehen. Dabei können auch Wege in die Hilfsangebote verdeutlicht und Ängste abgebaut werden, diese Hilfen in Anspruch zu nehmen.

Bundesweit sind etwa zwei Millionen Menschen alkoholabhängig. Daneben konsumieren 2,5 Millionen Menschen Alkohol in missbräuchlicher Weise. Das bedeutet, sie trinken regelmäßig zu viel und das, obwohl bereits deutliche gesundheitliche und zum Teil auch soziale Beeinträchtigungen erkennbar sind. And-

reas Jähne, ärztlicher Direktor der Rhein-Jura-Klinik in Bad Säckingen, hat als Suchtmediziner mit langjähriger Erfahrung in der Behandlung von alkoholabhängigen Patienten an der Erarbeitung einer neuen Behandlungsleitlinie mitgearbeitet. Er empfiehlt die Kombination mehrerer Therapiemodule, die medikamentöse und körperliche wie auch psychotherapeutische Behandlung einbezieht. Wichtig ist auch die Unterstützung durch Familienangehörige, die als unsichtbare Opfer meist nicht minder lei-

den. „Es braucht einen langen therapeutischen Atem und ein Gemeinsam-an-einem-Strang-ziehen, um eine Abhängigkeitserkrankung erfolgreich zu behandeln“, so Jähne. Karen Hamann, leitende Psychologin der Rhein-Jura-Klinik, ist Expertin für Psychotherapie und kann Hilfestellung geben, wie ein Leben ohne Suchtmittel möglich ist und wie mit Versuchungssituationen besser umgegangen werden kann. Sie kann auch Angehörigen bei Unsicherheiten im Umgang mit dem Suchtkranken wertvolle Hinweise geben.

## Haftstrafe für Messerattacke gefordert

SEENGEN (sda). Eine 63-jährige Frau, die 2013 in Seengen (Aargau) mit einem Küchenmesser auf ihren Lebenspartner eingestochen und ihn 27 Mal verletzt hatte, ist wegen versuchter vorsätzlicher Tötung angeklagt worden. Die Staatsanwaltschaft fordert eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren. Der Frau wird vorgeworfen, mit einem Küchenmesser auf ihren im Bett schlafenden Lebenspartner eingestochen zu haben. Später rief die Frau die Ambulanz. Danach ging sie in die Küche und fügte sich dort mit einem weiteren Messer selber Stiche und Schnitte zu, wie die Ermittlungen ergaben. Der Mann und die Frau mussten ins Spital.